ECONSTOR
*Make Your Publications Visible.*

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lapp, Susanne; Lehment, Harmen

**Article — Digitized Version**

# Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Lapp, Susanne; Lehment, Harmen (1997) : Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 1, pp. 67-83

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/1706

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

# Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland und in den Vereinigten Staaten

Von **Susanne Lapp** und **Harmen Lehment**

In Deutschland sind seit 1992 insgesamt rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze verlorengegangen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 1997 im Jahresdurchschnitt erstmals über vier Millionen liegen. Die deutsche Wirtschaft steht vor einer noch größeren beschäftigungspolitischen Herausforderung als Anfang der achtziger Jahre. Damals gelang es, in Westdeutschland von 1983 bis 1992 insgesamt 3,2 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen, davon 1,4 Millionen in den Jahren bis 1989, also bereits vor der deutschen Einheit.

Dieser Beschäftigungsanstieg wurde unterschiedlich erklärt. Einige Ökonomen führten die günstige Entwicklung vor allem auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zurück (vgl. z. B. Heise 1993). Allerdings erscheint eine solche Begründung wenig tragfähig. So wurde die Wochenarbeitszeit auch in den neunziger Jahren vermindert, ohne daß dies mit einem Beschäftigungsanstieg verbunden gewesen wäre. Im internationalen Vergleich ist ein Zusammenhang zwischen Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung ebenfalls nicht erkennbar. Besonders deutlich wird dies, wenn man die Entwicklung in den Vereinigten Staaten betrachtet: Dort vollzog sich der kräftige Anstieg der Erwerbstätigenzahl – von 1970 bis 1995 wurden 46 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – bei nahezu unveränderter Arbeitszeit.

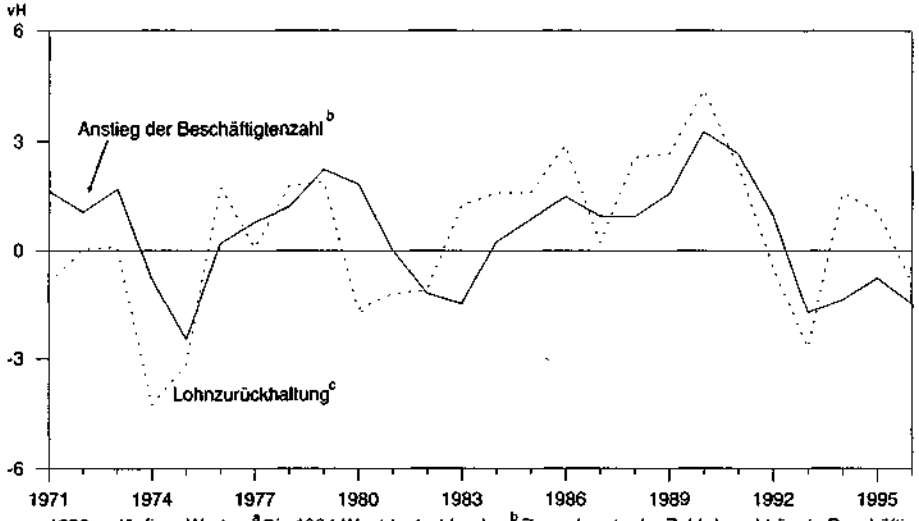
Andere Ökonomen sahen den Hauptgrund für die günstige Entwicklung der westdeutschen Beschäftigung in den Jahren 1983–1992 in einer ausgeprägten mehrjährigen Lohnzurückhaltung (vgl. z. B. Lehment 1991; 1993). In dem vorliegenden Beitrag wollen wir an diese Untersuchungen anknüpfen und folgenden Fragen nachgehen: Kann der Rückgang der Beschäftigtenzahl in Deutschland nach 1992 mit fehlender Lohnzurückhaltung erklärt werden? Stehen die Beschäftigungserfolge in den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit einem hohen Maß an Lohnzurückhaltung? Wie wirkt sich Lohnzurückhaltung auf die Kapitalbildung aus? Mit welcher Beschäftigungsentwicklung ist zu rechnen, wenn es gelingt, zur Lohnzurückhaltung der achtziger Jahre zurückzufinden, und was bedeutet dies für die Tariflohnpolitik?

## Der Zusammenhang von Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland

Schaubild 1 zeigt, daß in Deutschland ein markanter Zusammenhang zwischen dem Grad der Lohnzurückhaltung und der Veränderung der Beschäftigtenzahl besteht.[1] Dabei weist die Lohnzurückhaltung einen zeitlichen Vorlauf auf. Be-

[1] Lohnzurückhaltung liegt nach der hier zugrundegelegten Definition dann vor, wenn die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit je Beschäftigten weniger stark steigen als die

Schaubild 1 – Lohnzurückhaltung und Beschäftigtenzahl in Deutschland[a] 1971–1996




1996 vorläufiger Wert. - [a] Bis 1994 Westdeutschland. - [b] Zuwachsrate der Zahl der abhängig Beschäftigten. - [c] Zuwachsrate des Nettoinlandsprodukts abzüglich der Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten (Inlandskonzept).

sonders bemerkenswert ist die ausgeprägte mehrjährige Lohnzurückhaltung in den Jahren 1983–1991 und der nachfolgende kontinuierliche Anstieg der Beschäftigung in den Jahren 1984–1992. Diese Lohnzurückhaltung wurde jedoch nicht beibehalten. 1993 ging der Anstieg der Bruttoeinkommen je Beschäftigten weit über den Zuwachs des Nettoinlandsprodukts hinaus – es gab also eine „negative" Lohnzurückhaltung. Ähnlich wie Mitte der siebziger Jahre und Anfang der achtziger Jahre war diese Entwicklung mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahl verbunden. Zwar erfolgte 1994 ein Schwenk hin zu erneuter Lohnzurückhaltung, die aber nur vergleichsweise schwach und zudem kurzlebig war. 1996 war erneut eine negative Lohnzurückhaltung zu verzeichnen. Entsprechend ungünstig entwickelte sich die Beschäftigung. Die Lohnzurückhaltung in den Jahren 1994 und 1995 schlug sich zwar in einer Verminderung des Beschäftigungsabbaus nieder; diese Erholungstendenz setzte sich aber 1996 nicht fort, als der Einkommenszuwachs je Beschäftigten wieder über dem Anstieg des Nettoinlandsprodukts lag.

Bestätigt wird der visuelle Eindruck eines positiven Zusammenhangs zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung durch eine Regressionsschätzung für Westdeutschland im Zeitraum 1971–1994.[2] Die Ergebnisse dieser Schätzung

verteilbare gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung, die durch das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten (Inlandskonzept) oder durch das Volkseinkommen (Inländerkonzept) erfaßt wird; vgl. hierzu ausführlicher Lehment (1991; 1993).

[2] Seit 1995 werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen keine gesonderten Daten für Westdeutschland mehr ausgewiesen.

sind in Tabelle 1 aufgeführt. Aus Gleichung [1] geht hervor, daß Lohnzurückhaltung einen signifikanten, zeitlich verzögerten Effekt auf die Zahl der abhängig Beschäftigten hat. Gleichung [2] zeigt ein ähnliches Ergebnis für den Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Erwerbstätigenzahl (unter Einschluß der Selbständigen). Wie den Gleichungen [3] und [4] zu entnehmen ist, gilt dieses Resultat auch dann, wenn man statt des Inlandskonzepts das Inländerkonzept zugrundelegt. Der Erklärungsgehalt aller Gleichungen ist relativ hoch, wobei die Schätzungen für die Änderung der Erwerbstätigenzahl die niedrigeren Standardfehler aufweisen. Die Summe der Koeffizienten für die Lohnzurückhaltung – berücksichtigt wurden Verzögerungen bis zu drei Jahren – liegt in allen Gleichungen in der Nähe von eins. Dies kann man so interpretieren, daß eine Lohnzurückhaltung von einem Prozentpunkt die Beschäftigung auf Sicht von drei Jahren um ungefähr 1 vH erhöht.

Bemerkenswert ist zudem, daß in den Schätzgleichungen sowohl die Konstanten als auch die aufgeführten Dummy-Variablen jeweils hochsignifikant sind. Die Konstante erfaßt trendmäßige Einflüsse auf die Beschäftigungsentwicklung, die Dummy-Variable DUM8294 reflektiert Änderungen dieses Trends in den Jahren ab 1982. Die Ergebnisse der Schätzungen weisen darauf hin, daß die nicht von der Lohnzurückhaltung ausgehenden Beschäftigungseffekte in der zweiten Phase des Beobachtungszeitraums deutlich andere waren als in der ersten Phase. Stieg die Zahl der erwerbstätigen Inländer in den Jahren bis 1981 trendmäßig um jährlich 0,5 vH (Gleichung [4]) und die der abhängig beschäftigten Inländer um jährlich 1,1 vH (Gleichung [3]), so zeigt sich in den Jahren 1982–1994 bei beiden Gruppen ein trendmäßiger jährlicher Rückgang um rund 0,6 vH.[3]

Als Grund für die ab 1982 zu beobachtende Trendänderung nennt Lehment (1991) neben einer Änderung der Personalpolitik des Staates (der Anteil der beim Staat beschäftigten Arbeitnehmer an den gesamten Erwerbstätigen wurde in den Jahren bis 1981 deutlich ausgeweitet, während er danach nahezu konstant blieb) eine grundlegende Veränderung des Unternehmensverhaltens ab etwa 1982. Im Vordergrund steht dabei das Streben nach einer höheren Umsatz- und Kapitalrendite, die zuvor stark abgesunken war.[4] Wurden in den siebziger Jahren Arbeitsplätze dadurch bewahrt, daß die Unternehmen eine beständige Verschlechterung der Rendite in Kauf nahmen, so kam es Anfang der achtziger Jahre – ausgelöst durch die damalige schwere Rezession – zu einer Gegenbewegung: Arbeitsplätze, die den steigenden Renditeanforderungen nicht mehr genügten, wurden abgebaut. Bemerkenswert ist dabei, daß die Beschäftigung trotz dieses renditebedingten Arbeitsplatzabbaus nach 1983 kräftig zunahm: Der

[3] Entsprechend der Summe der Konstanten und der Dummy-Variablen; dieses Ergebnis bestätigt die Resultate vorangegangener Untersuchungen (Lehment 1991). Bei Verwendung des Inlandskonzeptes sind der positive Trend im Zeitraum 1971–1981 und der negative Trend im Zeitraum 1982–1994 geringfügig stärker ausgeprägt.

[4] Nach Berechnungen des Sachverständigenrates (1996: 121) sank die Kapitalrendite der westdeutschen Produktionsunternehmen (ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne Wohnungsvermietung) von 8,5 vH im Jahr 1971 auf 2,5 vH im Jahr 1982 und stieg bis 1994 wieder auf 8,1 vH.

Tabelle 1 – Schätzgleichungen zum Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Westdeutschland und in den Vereinigten Staaten 1971–1994

| | | S.E. | $\overline{R^2}$ | D.W. |
|---|---|---|---|---|
| Westdeutschland | [1] $DAB_{IL} = \underset{(7,98)***}{1,17} + \underset{(7,56)***}{0,42\,LZ_{IL}} + \underset{(8,40)**}{0,45\,LZ_{IL}(-1)} + \underset{(3,75)***}{0,25\,(LZ_{IL}(-2) + LZ(-3))/2} - \underset{(7,97)***}{1,97\,DUM8294}$ | 0,47 | 0,89 | 1,76 |
| | [2] $DE_{IL} = \underset{(5,28)***}{0,6} + \underset{(8,76)***}{0,38\,LZ_{IL}} + \underset{(10,3)***}{0,43\,LZ_{IL}(-1)} + \underset{(4,71)***}{0,24\,(LZ_{IL}(-2) + LZ_{IL}(-3)/2} - \underset{(7,24)***}{1,38\,DUM8294}$ | 0,37 | 0,93 | 2,17 |
| | [3] $DAB_{ILA} = \underset{(7,29)***}{1,09} + \underset{(6,02)***}{0,33\,LZ_{ILA}} + \underset{(7,28)***}{0,42\,LZ_{ILA}(-1)} + \underset{(4,11)***}{0,27\,(LZ_{ILA}(-2) + LZ_{ILA}(-3))/2} - \underset{(6,95)***}{1,73\,DUM8294}$ | 0,48 | 0,87 | 2,04 |
| | [4] $DE_{ILA} = \underset{(4,39)***}{0,52} + \underset{(6,87)***}{0,3\,LZ_{ILA}} + \underset{(9,26)***}{0,38\,LZ_{ILA}(-1)} + \underset{(4,96)***}{0,26\,(LZ(-2) + LZ(-3))/2} - \underset{(5,93)***}{1,11\,DUM8294}$ | 0,38 | 0,91 | 2,36 |
| Vereinigte Staaten | [5] $DAB_{IL} = \underset{(0,47)}{0,09} + \underset{(10,94)***}{0,58\,LZ_{IL}} + \underset{(5,63)***}{0,29\,LZ_{IL}(-1)}$ | 0,63 | 0,88 | 2,26 |
| | [6] $DE_{IL} = \underset{(2,09)**}{0,42} + \underset{(8,75)***}{0,49\,LZ_{IL}} + \underset{(3,15)***}{0,17\,LZ_{IL}(-1)}$ | 0,66 | 0,81 | 2,28 |
| | [7] $DAB_{ILA} = \underset{(1,81)*}{0,31} + \underset{(12,1)***}{0,57\,LZ_{ILA}} + \underset{(5,09)***}{0,24\,LZ(-1)}$ | 0,59 | 0,91 | 2,51 |
| | [8] $DE_{ILA} = \underset{(3,05)***}{0,63} + \underset{(8,64)***}{0,47\,LZ_{ILA}} + \underset{(2,27)**}{0,13\,LZ_{ILA}(-1)}$ | 0,69 | 0,81 | 2,20 |

DE = Zuwachsrate Erwerbstätige; DAB = Zuwachsrate abhängig Beschäftigte; IL = Inlandskonzept; ILÄ = Inländerkonzept; LZ = Lohnzurückhaltung; S.E. = Standardfehler der Regression; D.W. = Durbin-Watson Koeffizient; $\overline{R^2}$ = korrigiertes Bestimmtheitsmaß; * = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 vH; ** = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH; *** signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 vH.

*Quelle:* Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), OECD (a lfd. Jgg.; b lfd. Jgg.), eigene Berechnungen.

Grund hierfür ist in der starken Lohnzurückhaltung jener Jahre zu sehen, deren positive Beschäftigungseffekte den renditebedingten Arbeitsplatzabbau überkompensierten.

Ab 1992 entfiel der stützende Einfluß der Lohnzurückhaltung. Die Bruttoeinkommen je Beschäftigten stiegen – unter anderem auch wegen der deutlichen Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung – stärker als das Nettoinlandsprodukt. Bei anhaltend negativen Trendeinflüssen auf dem Arbeitsmarkt kam es daraufhin zu einem Arbeitsplatzabbau. Die ungünstige Beschäftigungsentwicklung in Deutschland seit 1992 läßt sich also mit fehlender Lohnzurückhaltung erklären.[5]

## Der Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in den Vereinigten Staaten

Den Vereinigten Staaten ist es als einzigem Industrieland in den vergangenen 25 Jahren gelungen, durch eine kontinuierliche Ausdehnung der Nachfrage nach Arbeit einen trendmäßigen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Schaubild 2 zeigt, daß für diesen Zeitraum fast durchweg eine ausgeprägt positive Lohnzurückhaltung festzustellen ist. Ihr Ausmaß korrespondierte eng mit der jeweiligen Beschäftigungsentwicklung. Nur in insgesamt fünf Jahren ergab sich eine negative Lohnzurückhaltung; in diesen Jahren war die Beschäftigtenzahl rückläufig oder stieg nur sehr schwach. In den übrigen Jahren dagegen wurde eine positive Lohnzurückhaltung immer von einem Anstieg der Beschäftigtenzahl begleitet. Anders als in Deutschland scheint damit die Beschäftigung nahezu ohne zeitliche Verzögerung auf Lohnzurückhaltung zu reagieren.

Dieser visuelle Eindruck eines positiven und – auch zeitlich – engen Zusammenhanges zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigungsentwicklung wird durch die Ergebnisse einer für den Zeitraum 1971–1994 durchgeführte Regressionsschätzung bestätigt (Tabelle 1). Gleichung [5] ist zu entnehmen, daß die Lohnzurückhaltung des laufenden und des jeweils vorangegangenen Jahres einen signifikanten Beitrag zur Erklärung der Beschäftigungsentwicklung liefern. Daraus, daß die Summe der Koeffizienten für die Lohnzurückhaltung knapp eins beträgt, kann gefolgert werden, daß eine Lohnzurückhaltung von einem Prozentpunkt die Zahl der abhängig Beschäftigten im laufenden und im nächsten Jahr um insgesamt etwas weniger als 1 vH erhöht. Ein positiver Zusammenhang zeigt sich auch zwischen Lohnzurückhaltung und der Veränderung der Erwerbstätigenzahl (Gleichung [6]).[6] Ähnliche Resultate ergeben sich, wenn

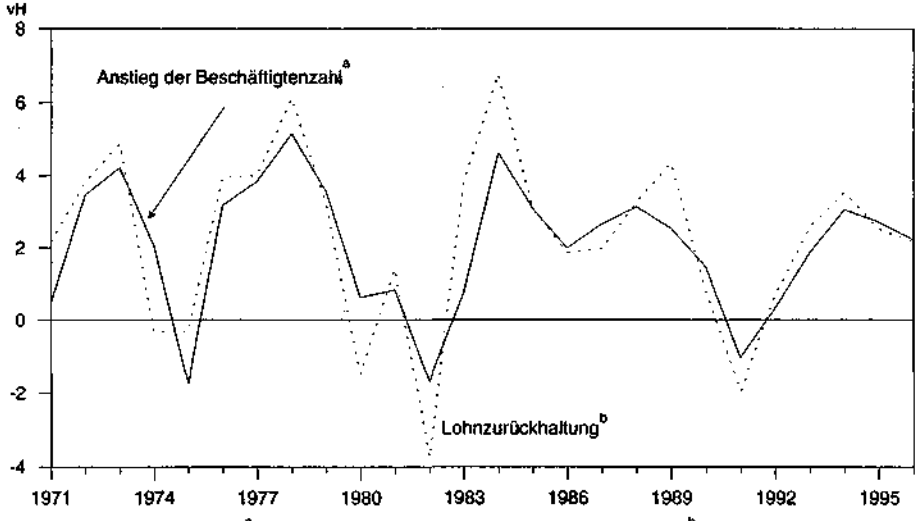
---

[5] Dies gilt auch für die in der Regressionsrechnung nicht erfaßte Entwicklung in den Jahren 1995 und 1996. Eine Out-of-Sample-Schätzung für das gesamte Bundesgebiet auf der Basis der für Westdeutschland gemäß Gleichung [4] ermittelten Koeffizienten ergibt einen Rückgang der Erwerbstätigenzahl um 0,8 vH für 1995 und 0,7 vH für 1996. Diese Werte liegen insgesamt relativ nahe bei den tatsächlichen Werten ( – 0,4 vH in 1995 und – 1,2 vH in 1996).

Der für die Gesamtwirtschaft ermittelte Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung ist auch bei sektoraler Betrachtung erkennbar (vgl. Anhang).

[6] Allerdings sind hier die Koeffizienten etwas niedriger, dafür deutet eine Konstante auf einen trendmäßigen Anstieg der Erwerbstätigenzahl hin.

Schaubild 2 – Lohnzurückhaltung und Beschäftigtenzahl in den Vereinigten Staaten 1971–1996




1996 vorläufiger Wert. - [a] Zuwachsrate der Zahl der abhängig Beschäftigten. - [b] Zuwachsrate des Nettoprodukts abzüglich der Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten (Inlandskonzept).

Tabelle 2 – Durchschnittliche Lohnzurückhaltung und Änderung der Beschäftigung in Westdeutschland und in den Vereinigten Staaten 1971–1994[a]

| | Vereinigte Staaten | Westdeutschland |
|---|---|---|
| Lohnzurückhaltung[b] | 2,27 | 0,49 |
| Änderung der Beschäftigung[c] | 2,05 | 0,48 |

[a] Inlandskonzept; abhängig Beschäftigte. – [b] Prozentpunkte. – [c] In vH.

*Quelle:* Wie Tabelle 1.

die Schätzungen auf der Basis des Inländerkonzeptes vorgenommen werden (Gleichung [7] und [8]).

Vergleicht man die Entwicklung in den Vereinigten Staaten mit derjenigen in Deutschland, so ist zunächst festzustellen, daß in beiden Ländern ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der Lohnzurückhaltung und der Beschäftigungsentwicklung besteht. Dabei hat die in den vergangenen 25 Jahren durchschnittlich wesentlich höhere Lohnzurückhaltung in den Vereinigten Staaten dort zu einem deutlich stärkeren Anstieg der Beschäftigung beigetragen. Wie der Tabelle 2 zu entnehmen ist, lag die durchschnittliche jährliche Lohnzurückhaltung in den Vereinigten Staaten zwischen 1971 und 1994 bei 2,27 Prozentpunkte, der durchschnittliche jährliche Beschäftigungsanstieg bei 2,05 vH. In Westdeutsch-

land machte die durchschnittliche jährliche Lohnzurückhaltung dagegen lediglich 0,49 Prozentpunkte aus, und die Beschäftigung stieg um 0,48 vH pro Jahr.

Gleichzeitig sind zwischen beiden Ländern auch Unterschiede im Zusammenhang von Lohnzurückhaltung und Beschäftigung zu erkennen. So hat in den Vereinigten Staaten – anders als in Deutschland – keine Veränderung der trendmäßigen Einflüsse auf die Beschäftigungsentwicklung stattgefunden. Da es dort kein so starkes Absinken der Rendite in den siebziger Jahren gab und es somit auch zu keiner so markanten Gegenbewegung in den Jahren seit 1982 kam, hat sich das Einstellungsverhalten der Unternehmen im Beobachtungszeitraum nicht nennenswert verändert. Auch reagiert in den Vereinigten Staaten die Beschäftigung vergleichsweise rasch auf Lohnzurückhaltung, wohingegen in Deutschland Wirkungsverzögerungen von bis zu drei Jahren auftreten. Dies läßt sich damit erklären, daß der amerikanische Arbeitsmarkt allgemein wesentlich flexibler ist als der deutsche (Walter 1994). Wenn das Ausmaß der Lohnzurückhaltung stimmt, entschließen sich Unternehmen in den Vereinigten Staaten schneller zu einem Ausbau ihrer Belegschaft als Unternehmen in Deutschland. Allerdings trennen sie sich auch schneller wieder von den Beschäftigten, wenn die Lohnzurückhaltung negativ ist.

Die Unterschiede, die zwischen den untersuchten Ländern im Wirkungszusammenhang von Lohnzurückhaltung und Beschäftigung auszumachen sind, erklären sich somit aus länderspezifischen Eigenheiten, ohne daß diese jedoch den starken Einfluß der Lohnzurückhaltung auf die Beschäftigungsentwicklung beeinträchtigen würden. In dem Vergleich mit der Situation in den Vereinigten Staaten kann also als ein weiteres aussagekräftiges Indiz dafür gesehen werden, daß eine ausgeprägte Lohnzurückhaltung in Deutschland erneut zu einer wesentlichen Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt beitragen würde.

## Investitionen und Lohnzurückhaltung

Um den Zusammenhang von Beschäftigungsentwicklung und Lohnzurückhaltung noch intensiver auszuleuchten, wurde zusätzlich untersucht, wie Investitionen und Lohnzurückhaltung miteinander verknüpft sind. Denn wenn Lohnzurückhaltung neue Arbeitsplätze schaffen soll, dann muß auch ein positiver Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Investitionen zu beobachten sein, da diese in aller Regel eine Voraussetzung für das Entstehen neuer Arbeitsplätze sind. Daher wurde für beide Länder der Einfluß der Lohnzurückhaltung auf die realen Anlageinvestitionen und auf die realen Ausrüstungsinvestitionen durch Regressionsanalysen getestet.[7]

Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, läßt sich für beide Länder ein signifikanter Einfluß der Lohnzurückhaltung auf die Kapitalbildung feststellen. Gemäß Gleichung [1] erhöht in Westdeutschland eine Lohnzurückhaltung von einem Pro-

[7] Die Anlageinvestitionen enthalten neben den Ausrüstungsinvestitionen die gewerblichen Bauinvestitionen, die Investitionen im Wohnungsbau und die öffentlichen Investitionen. Die hier wiedergegebenen Gleichungen beruhen auf dem Inländerkonzept. Schätzungen auf Basis des Inlandskonzeptes führen zu ähnlichen Ergebnissen.

Tabelle 3 – Schätzgleichungen zum Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Investitionen in Westdeutschland und den Vereinigten Staaten 1972–1994

| | | S.E. | $\overline{R^2}$ | D.W. |
|---|---|---|---|---|
| Westdeutschland | [1] $DINV = 1{,}31 + 1{,}88\,LZ_{ILÄ} + 0{,}59\,LZ(-1)_{ILÄ}$<br>(1,82)* (7,76)*** (2,51)**<br>$- 2{,}45\,DUM8294$<br>(2,41)** | 2,23 | 0,80 | 1,94 |
| | [2] $DINVA = 2{,}84 + 2{,}64\,LZ_{ILÄ} + 0{,}99\,LZ(-1)_{ILÄ}$<br>(2,15)* (5,91)*** (2,27)**<br>$- 4{,}62\,DUM8294$<br>(2,46)** | 4,13 | 0,70 | 2,29 |
| Vereinigte Staaten | [3] $DINV = - 1{,}62 + 2{,}13\,LZ_{ILÄ}$<br>(2,02)* (9,27)*** | 2,96 | 0,79 | 1,64 |
| | [4] $DINVA = 0{,}52 + 2{,}31\,LZ_{ILÄ}$<br>(0,62) (12,64)*** | 3,05 | 0,80 | 1,47 |

DINV = Veränderungsrate der realen Anlageinvestitionen; DINVA = Veränderungsrate der realen Ausrüstungsinvestitionen; ILÄ = Inländerkonzept; S.E. = Standardfehler der Regression; D.W. = Durbin-Watson Koeffizient; $\overline{R^2}$ = korrigiertes Bestimmtheitsmaß; * = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 vH; ** = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH; *** signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 vH.

*Quelle:* Wie Tabelle 1.

zentpunkt die Anlageinvestitionen im laufenden und im nachfolgenden Jahr um insgesamt rund 2,5 vH; die Ausrüstungsinvestitionen werden aufgrund einer solchen Lohnzurückhaltung sogar um gut 3,5 vH gesteigert (Gleichung [2]). Das jeweils negative Vorzeichen der Dummy-Variablen in beiden Gleichungen bestätigt die Vermutung, daß sich die trendmäßige Entwicklung der Investitionen seit Beginn der achtziger Jahre verändert hat. Dies kann – ähnlich wie bei der Entwicklung der Beschäftigung – auf veränderte Renditeansprüche seitens der Unternehmen zurückgeführt werden. Dazu paßt, daß die Trendänderung bei den Ausrüstungsinvestitionen besonders ausgeprägt ist.

In den Vereinigten Staaten ist der Wirkungszusammenhang insgesamt ähnlich. Hier führt eine Lohnzurückhaltung von einem Prozentpunkt zu einer Veränderung der Anlageinvestitionen um gut 2 vH; die Ausrüstungsinvestitionen werden um knapp 2,5 vH gesteigert (Gleichung [3] und [4]). Auffällig ist, daß die Gleichung, die den Wirkungszusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Anlageinvestitionen für die Vereinigten Staaten beschreibt, eine negative Konstante aufweist, diejenige der Ausrüstungsinvestitionen jedoch keine signifikant von null verschiedene Konstante enthält. Dies deutet darauf hin, daß im Untersuchungszeitraum die öffentlichen Investitionen und/oder die Bauinvestitionen einen negativen Trend aufwiesen, während dies für die Ausrüstungsinvestitionen nicht der Fall ist. Außerdem reagiert die Investitionstätigkeit relativ rasch auf Lohnzurückhaltung; ein verzögerter Wirkungseffekt wie bei der

Schätzung für Westdeutschland tritt nicht auf. Dies ist mit der Beobachtung konsistent, daß auch die Beschäftigung in den Vereinigten Staaten schneller auf Lohnzurückhaltung reagiert als in Deutschland.

## Perspektiven für die Beschäftigungsentwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2000

Angesichts des für die Vergangenheit festgestellten engen Zusammenhangs zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung liegt es nahe, mit Hilfe einer Modellrechnung abzuschätzen, wie sich die Rückkehr zu einer ausgeprägten Lohnzurückhaltung in den kommenden Jahren auf die Erwerbstätigenzahl in Deutschland auswirken würde.

Bei einer solchen Modellrechnung stellt sich zunächst die Frage, ob die für die Vergangenheit ermittelten Koeffizienten auch für die künftige Entwicklung herangezogen werden können. Hinsichtlich der vorliegenden Untersuchung gilt dies insbesondere für die Frage, ob der seit 1982 festgestellte negative Trendeinfluß auf die Beschäftigung in den nächsten Jahren anhalten wird. Dafür spricht, daß die Anpassung der Renditeanforderungen seitens der Unternehmen (und die damit einhergehende Tendenz zu einem Abbau renditeschwacher Arbeitsplätze) noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. Hierauf deuten nicht nur entsprechende Absichtserklärungen verschiedener deutscher Unternehmen hin, sondern auch Schätzungen der OECD (1996: A 28).[8] Im folgenden soll unterstellt werden, daß sich der negative Trendeinfluß in den nächsten Jahren fortsetzt.[9] Die Berechnung stützt sich auf die in Gleichung [4] der Tabelle 1 ermittelten Koeffizienten und berücksichtigt zwei Varianten für die Lohnzurückhaltung. In der Variante I wird angenommen, daß die Lohnzurückhaltung 1997 einen Prozentpunkt und 1998–2000 jeweils zwei Prozentpunkte ausmacht; diese Entwicklung wäre ähnlich wie in den Jahren 1983–1989, als die Lohnzurückhaltung bei durchschnittlich knapp zwei Prozentpunkten lag. In der Variante II wird unterstellt, daß die Lohnzurückhaltung 1997 einen Prozentpunkt und 1998–2000 jeweils drei Prozentpunkte ausmacht, also relativ stärker ausfällt. Die Ergebnisse der Modellrechnung sind in Tabelle 4 dargestellt.[10]

Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, geht die Erwerbstätigenzahl 1997 in beiden Varianten um 0,4 vH zurück, da der aus der Lohnzurückhaltung 1997 resultie-

---

[8] Die Kapitalrendite in Deutschland befindet sich derzeit etwa auf dem Niveau von Anfang der siebziger Jahre, aber noch merklich unter dem Niveau von Anfang der sechziger Jahre (Sachverständigenrat 1996: 121). Allerdings gibt es keinen historischen Anspruch auf eine bestimmte Rendite. Auch hier entscheidet letztlich der Wettbewerb. Insofern reflektiert der Anstieg der Kapitalrenditen in den vergangenen Jahren in erster Linie eine zunehmende Knappheit an Risikokapital.

[9] Die Annahme eines anhaltenden renditebedingten Arbeitsplatzabbaus wird auch dadurch gestützt, daß die Kapitalrendite in den neuen Bundesländern erheblich niedriger ist als in den alten Bundesländern (Sachverständigenrat 1996: 121).

[10] Die in den Berechnungen eingehenden Werte für die Lohnzurückhaltung in den Jahren 1994, 1995 und 1996 betragen 1,0 Prozentpunkte, 1,1 Prozentpunkte und – 0,9 Prozentpunkte. Eine alternative Modellrechnung auf Basis des Inlandskonzeptes (Gleichung [2]) führt zu sehr ähnlichen Resultaten.

Tabelle 4 – Lohnzurückhaltung und Beschäftigung – eine Modellrechnung für Deutschland 1997–2000

| Jahr | Änderung der Erwerbstätigenzahl in vH | |
|---|---|---|
| | Variante I[a] | Variante II[b] |
| 1997 | −0,4 | −0,4 |
| 1998 | +0,4 | +0,7 |
| 1999 | +0,7 | +1,5 |
| 2000 | +1,2 | +2,0 |
| Gesamteffekt 1997–2000 | +1,8 (≈ 600 000 Personen) | +3,8 (≈ 1 300 000 Personen) |

[a] Lohnzurückhaltung: 1 Prozentpunkt 1997; je 2 Prozentpunkte 1998–2000. – [b] Lohnzurückhaltung: 1 Prozentpunkt 1997; je 3 Prozentpunkte 1998–2000.

*Quelle:* Eigene Berechnungen.

rende positive Effekt durch die zeitlich verzögerte Wirkung der negativen Lohnzurückhaltung 1996 und durch den negativen Trendeinfluß überkompensiert wird. 1998 ergibt sich in Variante I ein leichter Beschäftigungsanstieg um 0,4 vH, der sich in den nachfolgenden Jahren weiter auf 0,7 und 1,1 vH beschleunigt. Der Gesamteffekt beläuft sich auf 1,8 vH; dies entspricht einem Anstieg der Erwerbstätigenzahl um rund 600 000 Personen.

Die Ergebnisse der Modellrechnung lassen erkennen, daß es Zeit braucht, bis sich Lohnzurückhaltung in höherer Beschäftigung niederschlägt. Dies war in den achtziger Jahren nicht anders: So kam es 1983 nach dem Übergang zur Lohnzurückhaltung zunächst noch zu einem weiteren Beschäftigungsabbau; in den folgenden drei Jahren stieg die Erwerbstätigenzahl dann bis 1986 um 600 000. Der größte Teil der Beschäftigungsgewinne entfiel damals erst auf die Jahre nach 1986. Dies wäre in der vorliegenden Modellrechnung ähnlich: Wird die in Variante I angenommene Lohnzurückhaltung über das Jahr 2000 hinaus fortgesetzt, so kommt es danach jährlich zu einer weiteren Zunahme der Erwerbstätigenzahl um rund 1,2 vH oder gut 400 000 Personen.

Erheblich stärkere Beschäftigungsgewinne als in der Modellvariante I zeigen sich in der Variante II, bei der ab 1998 eine Lohnzurückhaltung von drei Prozentpunkten pro Jahr unterstellt wird. Wie Tabelle 4 zu entnehmen ist, ergibt sich in diesem Fall ein Anstieg der Erwerbstätigenzahl um rund 1,3 Millionen bis zum Jahr 2000 – also rund doppelt so viel wie bei der Variante I. Bei Beibehaltung einer dreiprozentigen Lohnzurückhaltung würde zudem in den nachfolgenden Jahren ein weiterer Anstieg der Erwerbstätigenzahl um jeweils rund 2,2 vH resultieren: dieser Zuwachs entspräche in etwa der Beschäftigungsdynamik der Vereinigten Staaten; bis zum Jahre 2001 ergäbe sich insgesamt ein Zuwachs von rund zwei Millionen Arbeitsplätzen gegenüber dem Ausgangswert 1996.

Allerdings ist es fraglich, ob sich eine solche Beschäftigungsdynamik in Deutschland erreichen läßt. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. An erster

Stelle zu nennen ist dabei die Tariflohnpolitik. Bislang ist nicht zu erkennen, daß die deutschen Gewerkschaften zu einer dauerhaften und kräftigen Lohnzurückhaltung bereit sind.[11] Die anhaltende Lohnzurückhaltung in den achtziger und den frühen neunziger Jahren war weniger das Ergebnis einer bewußten Strategie der Gewerkschaften, sondern eher das Resultat außergewöhnlicher Umstände: Der starke Rückgang der Ölpreise und des Dollarkurses sorgten Mitte der achtziger Jahre dafür, daß die Lohnabschlüsse trotz des Aufschwungs am Arbeitsmarkt niedrig blieben; und die Deutsche Einheit führte Anfang der neunziger Jahre zu einem drastischen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der bei Abschluß der Tarifverträge nicht vorhersehbar war.

Ähnliche Sondereinflüsse sind für die nächsten Jahre nicht auszumachen. Eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungssituation ist daher nur zu erwarten, wenn die Tarifparteien bewußt auf eine Strategie anhaltender Lohnzurückhaltung umschwenken. Im Rahmen des hier dargestellten Konzepts gilt es dabei, zunächst die Entwicklung des nominalen Nettoinlandsprodukts (NIP) abzuschätzen. Von besonderer Bedeutung ist dabei der geldpolitische Kurs der Deutschen Bundesbank. Die Bundesbank hat ihr geldpolitisches Ziel zuletzt so bemessen, daß mittelfristig eine Expansion des Bruttoinlandsprodukts um nominal 4 vH finanziert werden soll. Unterstellt man, daß dieser Kurs beibehalten wird – auch von der Europäischen Zentralbank, wenn diese ab 1999 für die Geldpolitik zuständig ist – und daß die Verbrauchsteuern in Deutschland nicht erhöht werden, so kann man den Zuwachs des NIP im Zeitraum 1998–2000 mit jährlich rund 4 vH veranschlagen. In diesem Fall würde eine Lohnzurückhaltung von zwei Prozentpunkten – wie in der Variante I – durch eine Tarifpolitik erreicht, die dafür sorgt, daß der Anstieg der Löhne je Beschäftigten bei nominal 2 vH liegt.[12] Bei einer Lohnzurückhaltung von drei Prozentpunkten – wie in der Variante II – müßte der Lohnanstieg auf 1 vH begrenzt werden. Eine Bereitschaft zu einer langfristigen Begrenzung des nominalen Lohnzuwachses auf durchschnittlich 1 vH ist jedoch derzeit nicht auszumachen. Die Lohnabschlüsse für 1997 lagen zwar in Westdeutschland allgemein unter 2 vH, erste

[11] Erklären läßt sich dies mit dem sogenannten Insider-Outsider-Ansatz, demzufolge Gewerkschaften Lohnzurückhaltung nur dann betreiben, wenn die Arbeitsplätze der beschäftigten Insider gefährdet erscheinen; vgl. hierzu ausführlicher Lindbeck (1996).

[12] Im Unterschied zum Zeitraum 1983–1989, als sich eine zweiprozentige Lohnzurückhaltung durch eine Kombination von – grob gerechnet – 5 vH NIP-Anstieg und 3 vH Lohnsteigerung ergab, würde sie im vorliegenden Fall also aus einer Kombination von 4 vH NIP-Anstieg und 2 vH Lohnsteigerung resultieren. Die hier kalkulierte Lohnsteigerung ist dabei als durchschnittliche Effektivlohnerhöhung zu verstehen, nicht als einheitliche Tariflohnerhöhung. Bei undifferenzierten Tarifabschlüssen besteht die Tendenz zu einer Lohndrift, die dazu führt, daß die Effektivlöhne stärker zunehmen als die Tariflöhne (Lehment 1991: 80). Für die Tarifparteien bedeutet dies, daß die Tarifabschlüsse entweder deutlich differenziert werden müssen oder daß sie hinreichend weit unter der Zielmarke für die Effektivlohnerhöhung liegen müssen, damit die erforderliche Differenzierung durch die Lohndrift erfolgen kann, ohne daß der angestrebte durchschnittliche Effektivlohnzuwachs überschritten wird. Unterstellt wurde hier zudem, daß die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung in den nächsten Jahren konstant bleiben. Im Falle einer Beitragserhöhung müßte der Tariflohnzuwachs niedriger ausfallen, wenn die angestrebte Lohnzurückhaltung erreicht werden soll, die ja gemäß der zugrundegelegten Definition Lohnzusatzkosten einschließt.

vorliegende Tarifabschlüsse in der Metallindustrie für 1998 sehen jedoch bereits wieder eine Beschleunigung des Lohnzuwachses auf 2,5 vH vor.[13]

Zweifel daran, ob eine Beschäftigungsdynamik wie in den Vereinigten Staaten auch in Deutschland erreichbar ist, lassen sich zudem mit den hierzulande beobachtbaren strukturellen und institutionellen Rigiditäten des Arbeitsmarktes begründen. Tariflohnzurückhaltung würde wenig bewirken, wenn sie zwar zum Angebot zusätzlicher Arbeitsplätze führt, die dann aber nicht besetzt werden können – sei es, weil sich niemand findet, der über die erforderlichen Qualifikationen verfügt, sei es, weil keiner (auch kein Arbeitsloser) bereit ist, zu den gebotenen Bedingungen zu arbeiten. Insofern ist Tariflohnzurückhaltung eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze. In der Vergangenheit war diese Einschränkung allerdings nicht von Bedeutung: Lohnzurückhaltung schlug sich – wie gezeigt – regelmäßig in einem Beschäftigungszuwachs nieder. Günstig auf die Besetzung offener Stellen in Westdeutschland während der Jahre 1983–1992 wirkte sich vor allem der Umstand aus, daß viele junge Menschen in den Arbeitsprozeß eintraten und – nach dem Fall der Mauer – neue Positionen zudem in erheblichem Umfang mit Arbeitskräften aus Ostdeutschland besetzt werden konnten. Die Arbeitslosenzahl ging hingegen in diesem Zeitraum nur vergleichsweise wenig zurück.[14] Für die Lösung der gegenwärtigen Arbeitsmarktprobleme wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es gelingt, neu angebotene Arbeitsplätze in stärkerem Maße als damals mit zuvor Arbeitslosen zu besetzen.[15]

---

[13] Mangelnde Bereitschaft der Gewerkschaften zu Lohnzurückhaltung läßt sich auf Dauer nicht dadurch kompensieren, daß die Notenbank einen expansiven Kurs steuert. Steigt der Nominallohnzuwachs beispielsweise von 1,5 auf 2,5 vH, so hätte dies zwar keinen Effekt auf Lohnzurückhaltung und Beschäftigung, wenn die Zentralbank gleichzeitig durch eine geldpolitische Lockerung einen Anstieg des nominalen Inlandsproduktes um 5 vH statt um 4 vH herbeiführen würde. Eine solche akkommodierende Geldpolitik hätte jedoch nur kurzfristig einen stabilisierenden Effekt auf den Arbeitsmarkt. Denn Gewerkschaften, die zu Lohnzurückhaltung nicht oder nur in geringem Maße bereit sind, würden dann den Nominallohnanstieg noch weiter nach oben treiben. Die Folge wäre eine zunehmende Inflation. Die Notenbank müßte dann auf einen Restriktionskurs umschwenken, um das Ziel der Preisstabilität zu verteidigen. Negative Beschäftigungseffekte würden also letztlich nicht vermieden werden. Für Lohnzurückhaltung zu sorgen kann mithin nicht Aufgabe der Notenbank sein; hierfür sind die Tarifparteien zuständig.

Es ist auch nicht so, daß Lohnzurückhaltung eine konzertierte Aktion erfordert. Dies zeigen die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten, aber auch in Deutschland während der Jahre 1983–1991. Es wäre im übrigen beschäftigungspolitisch nicht zu begründen, warum Gewerkschaften zu niedrigen Tarifabschlüssen nur bereit sein sollten, wenn die Notenbank gleichzeitig eine expansivere Politik zusagt. Die hier vorgelegten Untersuchungen ergeben ja sehr deutlich, daß niedrigere Tarifabschlüsse auch bei gleichbleibender Expansion der monetären Gesamtnachfrage einen positiven Beschäftigungseffekt haben. Mit dem Übergang zur Europäischen Währungsunion wird eine nationale konzertierte Aktion ohnehin obsolet. Die künftige Europäische Zentralbank kann keine Rücksicht auf die speziellen wirtschaftspolitischen Belange einzelner Mitgliedstaaten nehmen: Der Stuhl der Notenbank bliebe leer.

[14] Der Schaffung von 3,2 Millionen Arbeitsplätzen im Zeitraum 1983–1992 stand ein Abbau der Arbeitslosenzahl um lediglich 0,5 Millionen gegenüber.

[15] Von staatlicher Seite kann ein solcher Prozeß vor allem auf zwei Wegen unterstützt werden: zum einen durch eine Verbesserung der Qualifikation von Arbeitslosen, zum anderen durch Maß-

## Zusammenfassung

Sowohl für Deutschland als auch für die Vereinigten Staaten läßt sich in den vergangenen 25 Jahren ein enger Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigungsentwicklung feststellen. Dabei waren in den Vereinigten Staaten sowohl die Lohnzurückhaltung als auch die Beschäftigungszunahme weit größer als in Deutschland. Zudem schlägt Lohnzurückhaltung in den Vereinigten Staaten relativ schnell auf den Arbeitsmarkt durch, während in Deutschland erhebliche Wirkungsverzögerungen auftreten.

Die in dieser Arbeit durchgeführten Regressionsanalysen zeigen, daß eine Lohnzurückhaltung um einen Prozentpunkt in Deutschland auf Sicht von drei Jahren zu einem Anstieg der Beschäftigtenzahl um ebenfalls rund einen Prozentpunkt führt. Bemerkenswert ist darüber hinaus, daß in Deutschland seit Anfang der achtziger Jahre ein signifikanter negativer Trendeinfluß auf die Beschäftigungsentwicklung besteht. Dieser läßt sich damit erklären, daß die Unternehmen bestrebt waren, ihre in den siebziger Jahren stark gesunkene Kapitalrendite wieder zu verbessern, und daher Arbeitsplätze, die den steigenden Renditeanforderungen nicht genügten, abbauten. Solange dieser negative Trendeinfluß anhält, ist eine Zunahme der Beschäftigung nur bei ausgeprägter Lohnzurückhaltung zu erwarten. Hieran fehlte es in den letzten Jahren.

Sowohl für Deutschland als auch für die Vereinigten Staaten ist zu beobachten, daß eine verstärkte Lohnzurückhaltung mit einer höheren Kapitalbildung einhergeht: Eine Lohnzurückhaltung um einen Prozentpunkt erhöht die realen Anlageinvestitionen um 2–2,5 Prozentpunkte, wobei die Wirkungsverzögerung in den Vereinigten Staaten geringer ausfällt als in Deutschland.

In einer Modellrechnung für Deutschland wurde abgeschätzt, wie sich die Beschäftigung bis zum Jahr 2000 bei unterschiedlichen Annahmen über den Grad der Lohnzurückhaltung entwickelt. Unterstellt man, daß das Bruttoinlandsprodukt im Zeitraum 1998–2000 – wie von der Bundesbank derzeit mittelfristig angestrebt – um nominal 4 vH zunimmt und daß Verbrauchsteuern und Sozialabgaben nicht erhöht werden, so ergibt sich im Fall eines durchschnittlichen Nominallohnanstiegs von jährlich 2 vH ein Zuwachs der Erwerbstätigenzahl um rund 600 000 bis zum Jahr 2000. Bei einem Nominallohnanstieg von jährlich 1 vH würde die Beschäftigungszunahme im gleichen Zeitraum bei rund 1,3 Millionen liegen.

Hervorzuheben ist, daß Nominallohnzurückhaltung nicht mit einem Nettoreallohnverzicht gleichzusetzen ist. Denn niedrigere Nominallohnzuwächse führen tendenziell auch zu niedrigeren Preissteigerungsraten. Darüber hinaus wirkt sich der positive Beschäftigungseffekt dämpfend auf die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben aus. Zudem verbessert Lohnzurückhaltung durch ihren positiven Einfluß auf die Kapitalbildung die Aussichten auf höhere Real-

---

nahmen, die darauf hinauslaufen, das Arbeiten gegenüber dem Nichtarbeiten attraktiver zu machen (vgl. hierzu ausführlich Siebert 1994). Eine Maßnahme in dieser Richtung stellt die vor kurzem beschlossene Ausweitung der Zumutbarkeitsbedingungen für Arbeitslose dar. Verbesserte Arbeitsanreize sind auch von der Senkung der Lohnsteuersätze im Zuge der Steuerreform zu erwarten.

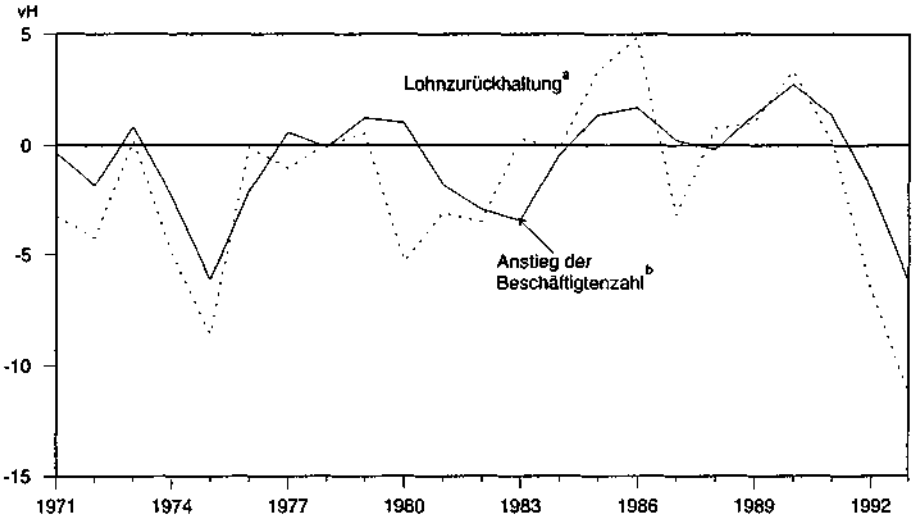
lohnzuwächse in der Zukunft. Bei längerfristiger Betrachtung könnte sich eine Politik der Nominallohnzurückhaltung per saldo sogar in höheren realen Nettoeinkommen der Arbeitnehmer niederschlagen.

## Anhang

### Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in Deutschland: Eine sektorale Betrachtung

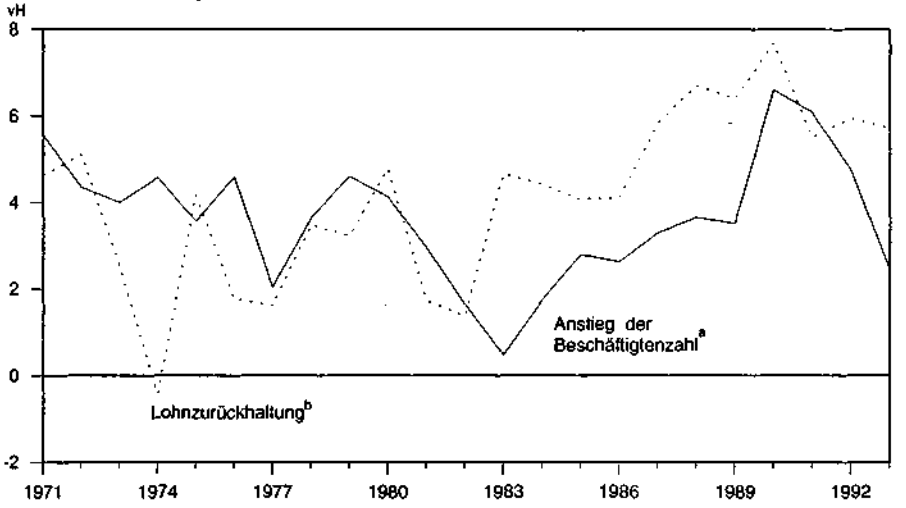
Bei einer gesonderten Betrachtung des Verarbeitenden Gewerbes und der Dienstleistungsunternehmen in Deutschland zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Zusammenhang zwischen dem Grad der Lohnzurückhaltung und der Beschäftigungsentwicklung. Im Verarbeitenden Gewerbe ging der Anstieg der Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer seit Anfang der siebziger Jahre meist über den Anstieg der Nettowertschöpfung hinaus; es ergab sich also überwiegend eine negative Lohnzurückhaltung, die eine Verringerung der Beschäftigtenzahl in diesem Sektor nach sich zog (Schaubild 3). Der starke jüngste Beschäftigungsrückgang im Verarbeitenden Gewerbe läßt sich darauf zurückführen, daß der Anstieg der Bruttoeinkommen je Beschäftigten in diesem Sektor 1992/93 weit über die Zunahme der Nettowertschöpfung hinausging. Bemerkenswert ist auch, daß die deutliche Lohnzurückhaltung im Verarbeitenden Gewerbe

Schaubild 3 – Lohnzurückhaltung und Beschäftigtenzahl im westdeutschen Verarbeitenden Gewerbe 1971–1993




[a] Zuwachsrate der Nettowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe abzüglich der Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je in diesem Sektor Beschäftigten. - [b] Zuwachsrate der Zahl der abhängig Beschäftigten.

Schaubild 4 – Lohnzurückhaltung und Beschäftigtenzahl in westdeutschen Dienstleistungsunternehmen 1971–1993




[a] Zuwachsrate der Nettowertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen abzüglich der Zuwachsrate der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je in Dienstleistungsunternehmen Beschäftigten. [b] Zuwachsrate der Zahl der abhängig Beschäftigten.

gegen Mitte und gegen Ende der achtziger Jahre jeweils einen Beschäftigungsanstieg nach sich zog. In den Dienstleistungsunternehmen zeigt sich ebenfalls ein positiver – wenngleich nicht ganz so ausgeprägter – Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung (Schaubild 4). Anders als im Verarbeitenden Sektor lagen hier die Lohnzuwächse regelmäßig unter dem Zuwachs der Nettowertschöpfung, so daß die Zahl der Arbeitsplätze kontinuierlich zunahm.[16] Eine verstärkte Lohnzurückhaltung – wie insbesondere in den achtziger Jahren – schlug sich dabei in einem verstärkten Anstieg der Beschäftigung nieder.

Die Ergebnisse einer Regressionsschätzung für den Zusammenhang von Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in den beiden Sektoren (Tabelle 5) bestätigen weitgehend den für die Gesamtwirtschaft ermittelten Effekt. Die Summe der Koeffizienten der Lohnzurückhaltung liegt in beiden Sektoren nahe bei eins, wobei die zeitliche Verzögerung bei den Dienstleistungsunternehmen ausgeprägter ist. Eine Änderung der Trendeinflüsse Anfang der achtziger Jahre ist – wie die jeweils sehr signifikanten Koeffizienten der Dummy-Variablen zeigen – in beiden Sektoren zu beobachten.

[16] Die ausgeprägte Lohnzurückhaltung ist dabei weniger das Resultat von niedrigen Lohnsteigerungen im Dienstleistungsbereich, sondern ergibt sich primär daraus, daß die Nachfrage nach Dienstleistungen und damit auch die Wertschöpfung im Zuge des Strukturwandels deutlich stärker stieg als die Nachfrage nach Industrieprodukten.

Tabelle 5 – Schätzgleichungen zum Zusammenhang zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigung in ausgewählten Sektoren Westdeutschlands 1971–1993

| | | S.E. | $\overline{R^2}$ | D.W. |
|---|---|---|---|---|
| Verarbeitendes Gewerbe | [1] $DAB_{Ver} = 1{,}45 + 0{,}42\,LZ_{Ver} + 0{,}38\,LZ_{Ver}(-1)$<br>(2,87)** (6,49)*** (5,08)***<br>$+0{,}23\,(LZ_{Ver}(-2) + LZ_{Ver}(-3))/2 - 1{,}52\,DUM8294$<br>(2,22)** (2,71)** | 1,01 | 0,84 | 1,78 |
| Dienstleistungsunternehmen | [2] $DAB_{D} = 1{,}48 + 0{,}45\,LZ_{D}(-1)$<br>(2,34)** (3,13)***<br>$+0{,}39\,(LZ_{D}(-2) + LZ_{D}(-3))/2 - 2{,}21\,DUM8294$<br>(2,31)** (3,61)*** | 1,05 | 0,51 | 1,84 |

$DAB_{Ver}$ = Zuwachsrate der abhängig Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe; $DAB_{D}$ = Zuwachsrate der abhängig Beschäftigten in Dienstleistungsunternehmen; S.E. = Standardfehler der Regression; D.W. = Durbin-Watson Koeffizient; $\overline{R^2}$ = korrigiertes Bestimmtheitsmaß; * = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 10 vH; ** = signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 vH; *** signifikant bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 vH.

*Quelle:* Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.), eigene Berechnungen.


## Summary

Both in Germany and in the United States there has been a close relationship between wage restraint and employment during the recent 25 years. The extent of the wage restraint and the increase in employment were, however, much larger in the United States than in Germany. Moreover, in the United States the effects of wage restraint on the labour market came about relatively fast, whereas in Germany there were considerable lags.

The regression analysis which has been carried out for Germany shows that a one-percent wage restraint – i.e. compensation per worker increasing by one percentage point less than the net domestic product – leads to a rise in the number of employees by about one percent within three years. Moreover, there is evidence for a significant negative trend-effect on German employment since the early eighties. This can be explained by the consideration that firms attempted to improve their rates of return on capital which had declined substantially in the seventies, and gradually moved out of low-return activities. As long as this trend continues, an increase in employment can only be expected if there is a pronounced wage restraint as in the late eighties and early nineties. The absence of such wage restraint explains the substantial decrease in German employment since 1992.

Wage restraint does not only stimulate employment but also investment, in Germany as well as in the United States. A one-percent wage restraint raises real investment growth by 2–2.5 percentage points; again, the response is faster in the United States than in Germany.

The regression results were used to assess the effect of different degrees of wage restraint on the performance of German employment in the coming years. Under the assumption that nominal GDP expands at a rate of 4 percent in the period 1998–2000 (in accordance with the presently announced medium-term course of the Bundesbank's monetary policy) and that indirect taxes and social security contributions remain unchanged (so that the net domestic product grows at the same rate as GDP), a two-percent restraint is achieved if nominal wages rise by an average rate of 2 percent. In this case the number of employees will – according to our calculations – expand by about 600 000 until the year 2000. In the case of an average wage increase by 1 percent (implying a three-percent wage restraint), the number of employees increases by 1.3 million within the same period.

It should be stressed that nominal wage restraint does not imply lower net real wages. One reason is that a reduction in nominal wage growth tends to result in less inflation. Moreover, the induced increase in employment has a dampening effect on social security contributions and taxes. Another consideration is that the positive effect of wage restraint on capital formation improves the prospect for real wage increases in the future. In the long-term, therefore, wage restraint may even have a favourable effect on workers' real income.

## Literaturverzeichnis


Heise, A. (1993). Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzungen und Beschäftigung – einige Anmerkungen. *WSI-Mitteilungen* 46 (1): 30–34.

Lehment, H. (1991). Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigung. Eine empirische Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland 1973–1990. *Die Weltwirtschaft* (2): 72–85.

– (1993). Bedingungen für einen kräftigen Beschäftigungsanstieg in der Bundesrepublik Deutschland. Zur Tarifpolitik der kommenden Jahre. *Die Weltwirtschaft* (3): 302–310.

Lindbeck, A. (1996). The West European Unemployment Problem. *Weltwirtschaftliches Archiv* 132 (4): 609–637.

OECD (a lfd. Jgg.). *Main Economic Indicators*. Paris.

– (b lfd. Jgg.). *Quarterly National Accounts*. Paris.

– (1996). *Economic Outlook*. December. Paris.

Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der Gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (1996). *Reformen voranbringen. Jahresgutachten 1996/97*. Stuttgart.

Siebert, H. (1994). *Geht den Deutschen die Arbeit aus? Wege zu mehr Beschäftigung*. München.

Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen*. Stuttgart.

Walter, C. (1994). Zur Dynamik des Arbeitsmarktes in den Vereinigten Staaten. *Die Weltwirtschaft* (2): 113–132.